

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg. Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. Februar 1921

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobeanzeigen 50 Pf. die fünfgehaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 20

Bekanntmachung

Am der Verhandlung vom 7. bis 12. Februar 1921 hat der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker nachstehende Beschlüsse gefaßt:

1. Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe an Gehilfen und Hilfsarbeiter (und -arbeiterinnen)

Der Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums hat festgestellt, daß der Nachweis einer wesentlichen Verbesserung der Lebensbedingungen seit Oktober v. J. nicht in dem Maße zu erbringen ist, als dies Voraussetzung für Bewilligung einer neuen wöchentlichen Steuerzulage gewesen ist. Der Schlichtungsausschuß sowohl wie der Tarifausschuß haben jedoch in Anbetracht der Lage der häuslichen Verhältnisse der Gehilfen eine weitere Hilfe für erforderlich angesehen, die am besten mit der Zahlung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe geleistet wird.

Diese Wirtschaftsbeihilfe soll in den Lohnklassen B und C betragen:

In Orten bis einschl. 7 1/2 Proz. Lokalzuschlag 130 Mk.	
" " mit mehr als 7 1/2—17 1/2 " " " " 150 "	
" " den übrigen Orten " " " " " " 195 "	

zahlbar in drei Raten, und zwar mit je einem Drittel in den Monaten Februar, März und April, jeweils am dritten Zahlungstage.

Den Hilfsarbeitern über 21 Jahre ist ein anteilmäßiger Betrag nach den für die Entlohnung im Reichstarife festgesetzten Prozentsätzen zu zahlen.

Seit dem 3. November 1920 unter Vorbehalt gewährte außerordentliche Zulagen können auf die obige Beihilfe angerechnet werden. Weihnachtsgewinnungen sind nicht verrechnungslos.

Was seit dem 3. November 1920 abgeschlossene Lohnabkommen mit Einschluß der obigen Wirtschaftsbeihilfe hat nunmehr Geltung bis zum 1. Mai 1921.

Bei Einstellungen oder Entlassungen wird die Wirtschaftsbeihilfe anteilig gezahlt, und zwar nach den gesetzlichen Arbeitslagen.

2. Vorläufige Regelung der Lokalzuschläge

Im Bereiche der 15-km-Grenze gelegene Druckorte rücken ab 1. Januar nach den bisherigen Richtlinien für die 10-km-Grenze unter Berücksichtigung der örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Anlehnung an die Sätze des bisher maßgebenden Druckortes vor.

An neuem Lokalzuschläge sollen nicht mehr als 5 Proz. auf einmal bewilligt werden. Abweichungen hiervon sind mit Genehmigung des Tarifamts möglich.

Vorstehende Beschlüsse treten sofort in Kraft und sind für die Mitglieder der Tarifgemeinschaft verbindlich.

Berlin, den 14. Februar 1921.

Wo beide Parteien über einen höheren Lokalzuschlag sich einig sind, kann dieser Lokalzuschlag bestehen bleiben. Im Streitfalle die Verhältnisse zu prüfen und die Entscheidung zu treffen, wird den Kreisämtern aufgegeben. Ist eine Verständigung vor dem Kreisamte nicht möglich, bleibt das Tarifamt Entscheidungsbefugnis.

Neue Zonen sollen nicht gebildet werden. Orte, die unter dem früheren Tarif von der 10-km-Grenze keinen Gebrauch gemacht haben, können bis zur Regelung der Ortsliste Anspruch auf die 15-km-Grenze nicht erheben.

3. Künftige Regelung der Lokalzuschläge

Vor Schluß des ersten Quartals 1921 ist durch die Kreisämter eine Ortsliste aufzustellen, die der Kommission für Neuordnung der Lokalzuschläge als Material überwiesen werden soll.

Diese Aufstellung soll unter Beachtung der örtlichen Verhältnisse und unter vorangehender Verhandlung mit den Tarifparteien der betreffenden Orte erfolgen.

Für die Kommission zur Neuordnung der Lokalzuschläge dienen außerdem als Unterlagen das selbstergebene Verzeichnis der Lokalzuschläge und die demnächst zu erwartende Ortsliste für das Reichsbevollmächtenamt.

4. Festsetzungen zu den Bestimmungen des Tarifs

a) Wird ein Verlagsarbeiten wegen Gas-, Strom- oder Kohlenmangels erforderlich, aus welchem Grunde nach § 1 Ziffer 9 eine besondere Anlage der Verfertigung nicht erforderlich ist, so soll doch mit der Verkürzung nicht mitten in der üblichen Arbeitszeit, sondern erst am nächsten Arbeitslage begonnen werden.

b) Der Divisor für den Stundenlohn ist nach § 7 Ziffer 1 die Stundenzahl der gewöhnlichen wöchentlichen Arbeitszeit. Es wird festgestellt, daß trotzdem auch längere Arbeitszeiten der einzelnen Betriebsabteilungen als Divisor zu gelten haben.

c) Gehilfen, die bisher höhere Löhne bezogen haben, sollen beim Übergang eines Ortes in einen höheren Lokalzuschlag das bisherige Plus über ihr Minimum fortbeziehen. (Beispiel: Hat ein Gehilfe an einem Orte mit 2 1/2 Proz. Lokalzuschlag bisher 7 Mk. über sein Minimum erhalten, so würde bei einem Übergang in die Lokalzuschlagsstufe

von 7 1/2 Proz. sich der Mindestlohn um rund 7 Mk. erhöhen. Die mehrfach vertretene Ansicht, daß dieser Gehilfe nunmehr mit dem Minimum zufrieden sein müsse, weil das Minimum durch den höheren Lokalzuschlag um 7 Mk. erhöht werde, ist nicht zutreffend, sondern es ist richtig, daß dem Gehilfen die bisher bezogenen 7 Mk. auch über das neue Lohnminimum zu zahlen sind.)

d) Wenn Firmen lediglich tariflich den Gehilfen im ersten Gehilfenjahr im November die neue Steuerzulage gegeben haben, die nur für die Altersklassen A—C beschlossen wurde, so sind die Firmen berechtigt, diesen tariflichen Rechtsstritt zu korrigieren und für die Folge bei der Entlohnung danach zu verfahren. Abzüge bereits gezahlter Lohnsummen dürfen nicht stattfinden. Außerdem soll das Tarifamt das Recht haben, vermittelnd zu wirken. Ist den Zulagenern ein höherer Lohn aus andern Gründen und freiwillig bereits bewilligt und gezahlt worden, darf auf den Mindestlohn für Ausgelernte nicht zurückgegriffen werden.

e) Bei Leistung von Überstunden darf neben der Entschädigung aus § 7 des Tarifs nicht noch die Entschädigung aus § 1 Ziffer 4 beansprucht werden. Letztere ist nur für Spätlunden und nicht für Überstunden festgesetzt.

f) Bei Leistung von Sonnarbeit in Spätlunden (§ 1 Ziffer 2) wird besondere Entschädigung gezahlt nach § 5 Ziffer 2 und nach § 1 Ziffer 4. Bei der Berechnung werden die beiden Entschädigungssätze zu einem Prozentsatz zusammengezogen. (Beispiel: Für regelmäßige Sonnarbeit 60 Proz., für Leistung der Arbeitsstunden von 9 bis 11 Uhr abends 15 Proz. = 75 Proz. Diese 75 Proz. werden zusammengezogen und auf den Stundenlohn berechnet; also nicht erst 15 Proz. auf den Stundenlohn und dann noch einmal 60 Proz. auf den vorher ermittelten Betrag.) Meinungsdivergenzen, die darüber entstehen könnten, ob der Mehrbetrag über den Mindestlohn als Leistungszulage zu gelten hat oder nicht, und ob im letzteren Falle der vorstehende Beschluß Anwendung finden könnte, sollen vom Tarifamte geprüft und im Einvernehmen mit den Kreisvertretern erledigt werden.

g) Der § 49 des Tarifs enthält den Zusatz, daß Ruffisch oder Griechisch mit 70 Proz. zu entschädigen sind.

h) Im § 59 des Tarifs, Zeile 1, soll es heißen „Mehrbuchstabenlinotype“ statt „Mehrmagazinlinotype“.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Hans Keenemann, Prinzipalsvorsitzender.

Robert Braun, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Neuere örtliche Erscheinungen bei der Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe

Bei den in Nr. 3 gegebenen vielseitigen Darlegungen über die örtliche Ausbreitung der Arbeitslosigkeit bei uns ließen wir auch von den uns verschiedentlich gemachten Anmerkungen über im Jahre 1921 jedenfalls wieder eintretende Verschlechterungen einiges einfließen. Bekanntlich veröffentlichten wir am 8. Januar aus 39 Druckorten unterschiedlicher Größe Angaben über die Vollarbeitslosen, Kurzarbeiter, in andern Berufen Tätigen und den Mitgliederbestand an vier Stützorten in der Zeit von Ende Oktober bis Ende Dezember 1920. Wir ersehnten, um über die geäußerten wie die selbst gehaltenen Befürchtungen klar zu sehen, uns noch einmal (nach dem Stande vom 15. Januar 1921) derartige Mitteilungen zu machen und stellen Beteiligung weiterer Druckorte anheim. So gut bei der ersten (schriftlichen) Umfrage unsern Wünschen entsprochen wurde, so unbefriedigend fiel die zweite aus, zu der durch den „Korr.“ in Nr. 3 und 6 aufgefordert wurde. Das kam uns aber nicht überraschend. In der heutigen Zeit ist das Interesse an allem nur kurz; das erweist sich gar oft als ein Fehler. Die Notwendigkeit, zur

Einberufung des Tarifausschusses alle Mimen springen zu lassen, ließ diese Arbeit beiseite legen. Um die neuere Entwicklung aber besser übersehen zu können, sorgten wir in der Zwischenzeit für Ergänzungen des dürftigen Materials wenigstens aus den Hauptdruckorten bis Ende Januar. Wir können somit folgendes mitteilen:

Berlin hatte unter den Mitgliedern des Verbandes Vollarbeitslose am 24. Dezember 590, am 15. Januar 568, am 29. Januar 461; Kurzarbeiter zu den gleichen Zeitpunkten 643, 235, 188; in andern Berufen Tätige 346, 352, 362; Mitgliederstand 13283, 13275, 13287. Berlin weist also teils infolge des Anstiegs vom Tarifausschuß im November zur Unterbringung von Arbeitslosen, teils infolge Wiederaufnehmens des Berliner Adreßbuchs (Einstellung von 100 bis 125 Kollegen auf die Dauer von sechs Wochen), teils durch das Reichsadreßbuch (Einstellung von 50 Kollegen bei Mofse), teils infolge der an sich um diese Zeit günstigeren Verhältnisse nicht unbedeutende Besserung auf, die namentlich bei den Kurzarbeitern wesentlich ist. Die Zahl der arbeitslosen Drucker ist aber immer noch um über 100 höher als die der Echer. Die aus unserm Berufe durch andauernde Arbeitslosigkeit Gedrängten verhältnismäßig selbst als Berliner nicht, ihr Brot nun als Bergarbeiter zu suchen. Löhne über 400 Mk. und wesentlich billigere Lebensmittel sind allerdings sehr kräftige Zugmittel. Die Sache liegt näm-

lich in Berlin so, daß nach Fertigstellung der beiden genannten Adreßbücher die Arbeitslosigkeit wieder ihren gewohnten größeren Umfang annehmen wird. Deshalb sehen die Arbeitslosen nach Möglichkeit zu, ob sie nicht anderswo unterkommen können; daher auch Zunahme der in andern Berufen Tätigen. Es ist bemerkenswert, daß auch von Berlin aus die Eckentlassung der Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920 betont wird. Erst zeigte diese sich von großem Nutzen, dann aber kam die andre Seite: wie es gemacht werden kann. Durch die Möglichkeit der Arbeitszeitverminderung auf vier Stunden wurde es Methode: erst Kurzarbeit, dann Entlassung, Einstellung aber nur auf Ausbildung, dann wieder Entlassung. Das Stammpersonal wird so auf das geringste Maß gehalten, die „Vierwochenkummi“ aber ist zu einer allgemeinen üblichen Erläuterung geworden.

In Leipzig waren zu den drei vorgenannten Terminen Vollarbeitslose vorhanden 247, 276, 280; Kurzarbeiter: 453, 505, 833; die in andern Berufen Tätigen haben sich noch etwas vermehrt (über 300); Mitgliederbestand 6003, 5988, 5949. Das Verhältnis der arbeitslosen Drucker zu den Echern hat sich noch weiter verschlechtert, denn am 24. Dezember war es 149:89, am 29. Januar aber 191:78. Die Kurzarbeiter haben stark zugenommen, am 15. Januar arbeitete die Hälfte davon nur 24 Stunden. Mit der „Vierwochenkummi“ ist es in Leipzig der gleich schlimme Zustand wie in Berlin.

Dresden halbe Vollarbeitslose am 24. Dezember 88, am 15. Januar 93; Kurzarbeiter 33 bzw. 59; außerberuflich tätig 76 bzw. 78. In Dresden ist für Buchdrucker die Arbeitslosigkeit so ungünstig, daß in den Jahren 1919/20 nicht weniger als 375 untern Berufe den Rücken gekehrt haben.

In Chemnitz haben die Vollarbeitslosen von 6 auf 12 zugenommen.

München verzeichnete am 24. Dezember 245 Vollarbeitslose, 15. Januar 214, 29. Januar 172; Kurzarbeiter 45, 108, 125; in anderen Berufen 55, 66, 61; Mitgliederbestand 2305, 2290, 2334. Durch eine neue Seite er wird das Münchner Druckergewerbe abermals in Mitleidenschaft gezogen; alle Verlagswerke, die Abbildungen von staatlichen Galerien, Museen usw. enthalten, sollen mit einer Besteuerung von 10 bis 15 Proz. auf das einzelne Exemplar belegt werden.

In Würzburg wurden am 24. Dezember 14 Arbeitslose gezählt, am 15. Januar 18; sonst keine Veränderungen.

Erlangen berichtet, daß an den vorgenannten Tagen 9 und 6 Vollarbeitslose sowie je 16 Gehilfsarbeitende vorhanden waren bei nur 48 Mitgliedern. Das sind also ganz traurige Verhältnisse.

In Stuttgart hat es in der Zahl der Vollarbeitslosen Verringerung gegeben, nämlich 56 am 24. Dezember, 46 am 15. Januar und 46 am 29. Januar. Dagegen steigt die Zahl der Kurzarbeiter bedeutend: 0, 15, 242. Auch bei den aus dem Berufe Gedrängten zeigte sich ein Anwachsen: 87, 83, 101. Die große Druckerei Union kommt für das starke Anwachsen der Kurzarbeit allein in Betracht. Wäre dieser Umstand nicht, würde man in Stuttgart mit dem Beschäftigungsgrade zufrieden sein. Da einzelne Firmen arbeitslose Gehilfen nicht mehr einstellen konnten, haben sie an den Verband Beiträge zur Verwendung für die Arbeitslosen abgeführt; so A. Grüniger 1000 Mk., Knödel & Co. 300 Mk., „Tagewacht“ 500 Mk., „Mediarche“ (Heilbronn) 300 Mk. In Stuttgart wird mit Typographiemaschinen statt gehandelt, da Schrift anzufachen verhältnismäßig teurer ist.

Freiburg i. Br. hatte am 24. Dezember 14, am 15. Januar 22 Arbeitslose und 2 bzw. 5 Kurzarbeiter. Die Zahl der in anderen Berufen Tätigen beträgt 51.

In Frankfurt a. M. waren am 15. Januar arbeitslose Seher nicht vorhanden, dagegen noch 16 Drucker. Nach Fertigstellung des Adreßbuchs werden auch die arbeitslosen Seher wieder in die Erscheinung treten.

Köln ging von 23 Vollarbeitslosen (24. Dezember) auf 18 (15. Januar) herab, Kurzarbeiter nicht vorhanden, demgemäß 1300 Kollegen vollbeschäftigt.

Aus Bonn werden zwar nur 8 bzw. 2 Vollarbeitslose gemeldet (bei 222 Mitgliedern und 34 vom Beruf Abgegangenen), aber man befürchtet für die nächste Zeit erhebliche Verschlechterung. Die Sommer Verleger lassen im unbesetzten Gebiete drucken. Soemmedien ist zur Fünftagewoche übergegangen. Die Demobilisierungsverordnung wird dort als Hemmschub für „schlimmere“ Zustände angesehen.

In Hamburg haben sich die Verhältnisse sehr gebessert. Am 24. Dezember waren 105 Vollarbeitslose zu verzeichnen, am 15. Januar nur noch 53 und am 29. Januar 18 (darunter gar keine Seher). Verkürzt arbeiten lediglich 3 Drucker. Immerhin sind 100 Kollegen außerhalb des Berufs tätig. In Hamburg ist der Kalenbertrieb wieder in Gang gekommen. Das brachte den günstigen Umschwung. Jedoch ist auch durch Verhandlungen mit der Prinzpalität zu Anfang Dezember ein Teil Arbeitsloser untergekommen.

Es sind uns noch aus einigen der in Nr. 3 aufgeführten Orte Mitteilungen zugegangen, daß sich nichts geändert habe. Zwei ganz kleine Mitgliedskassen an der Ostsee (Barth und Ribnitz) sondeten auch Zahlen ein. Da sie nicht die notwendige Vergleichsmöglichkeit zulassen, bleiben sie unverwendbar. Jedoch ist zu sagen, daß in beiden Fällen die Arbeitslosigkeit prozentual groß ist.

Viele hier aufgezeigten neueren örtlichen Erscheinungen in der Arbeitslosigkeit der Buchdrucker ergeben also ein ganz ungleiches Bild. Am schlechtesten steht Leipzig da, die größte Besserung hat Hamburg aufzuweisen. Im allgemeinen scheinen die Ende Dezember uns gegenüber ausgesprochenen Befürchtungen jedoch nicht eingetroffen zu sein. Es will uns aber dünken, als ob in Leipzig durch die mit dem 1. Januar sich verringernde Entschädigung für Kurzarbeit ein Anreiz gegeben worden ist, dieser einen noch viel größeren Umfang zu geben.

Als bemerkenswert ist die aus Berlin kommende Mitlage über das Überhandnehmen der Ausschließkonditionen (siehe auch den Stollchen Artikel in Nr. 18 darüber) anzusehen, weil sie auch den tatsächlichen Verhältnissen in Leipzig Ausdruck gibt. In Übereinstimmung mit der uns von der Berliner Gehilfenleitung mitgeteilten Auffassung geht über die Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920 haben wir von Leipziger Prinzipalen ebenfalls schon die Ansicht vernommen, daß diese Anordnung in erster Linie das feste Einkommen zu unterbinde. Es gibt aber in Leipzig jedenfalls auch andere Meinungen als die uns gegenüber ausgesprochene vernünftiger. Sicherlich hat die Demobilisierungsverordnung ihre zwei Seiten, wofür die Mitteilung aus Bonn ja auch spricht. Es verlaßbar vor kurzem schon, daß man an ihre Aufhebung herantreten wolle. Geht die Ausbeutung einer Zwangsfrage so weit, daß gar Reverte unterzeichnet werden müßten, damit nur ja eine längere Einstellung vermieden werden kann (siehe Artikel Stolle in vorliegender und den kleinen

Artikel „Theorie und Praxis“ in Nr. 16), dann muß eben einem solchen Anzuge gesteuert werden, und sei es auch durch Preisgabe einer amtlichen Anordnung, die ja bestimmt nicht erlassen ist, um solche Praktiken möglich zu machen.

Nachdem wir nun in Nr. 3 die örtliche Ausbreitung der Arbeitslosigkeit vielfach behandelt haben, in Nr. 18 über die Dauer nach zentralem Material zu hören in ungünstigen Feststellungen gelangen und in den vorstehenden Ausführungen die neuere örtliche Entwicklung zeigen, soll in einiger Zeit dieses nicht mehr von unserer Tagesordnung abzulassende Thema frei von Zahlen und diesen gleichen Nachweisungen erörtert werden. In dieser Nummer bemerken sich drei Kollegen in besonderen Artikeln, Wege und Mittel zu finden, um hier aus dem Solze zu kommen. Wir gedenken die Arbeitsbeschaffung als Hauptgegenstand weiterer Behandlung zu nehmen. Gemäß des Aufrufs vom Karlsruhausschuss ist ja wohl manches unternommen worden örtlich. Viel wissen wir darüber noch nicht. Man könnte schon über Tätigkeit und Ergebnis mitteilbarer sein; wir erwarten die um besonders von Kiel. Es ist zu bedenken, daß bald eine schon nach der Jahreszeit schlechtere Geschäftslage für uns kommt, da müßte denn doch nach Möglichkeit vorgegort werden, und die großen Probleme sollten dann schon mehr aus den Wolken mit der erdenklichsten Realität in Berührung gebracht worden sein.

Pioniere vor!

I.

Wie helfen wir den Arbeitslosen?

Wenn wir uns in der Arbeiterbewegung umsehen, so erkennen wir mit Schrecken, daß die Arbeitslosigkeit täglich zunimmt. Mit erschütterlicher Betonung schreibt Kollege W. Matthes (Chemnitz) in Nr. 11 des „Korr.“: „Wir müssen helfen!“ Ich möchte dem hinzufügen: „Pioniere vor!“ Die Buchdrucker konnten sich einst stolz die Pioniere der Arbeiterklasse nennen, und es wäre zu begrüßen, wenn dieser Satz mehr als historische Bedeutung haben sollte.

Der Kollege W. M. sagt, es sei ratham, bei allen volkswirtschaftlichen Unternehmungen vom Geldwesen auszugehen. Er fordert dann nach eingehender Betrachtung unseres Geldwesens die Geldreform und die Bodenreform. Vielen Kollegen wird es nun nicht so ohne weiteres einleuchten, daß derartige Reformen geeignet sein könnten, auf die Arbeitslosigkeit einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Das liegt meines Erachtens an der mangelnden Kenntnis unrer Geldwirtschaft. Zweifellos wurde das Geld aus dem Bedürfnisse geboren, den Waren- und Güteraustausch zu vermitteln. Ohne Geldverkehr wäre eine Arbeitsstellung, wie sie in den heutigen Kulturstaaten besteht, einfach undenkbar. Wie sollte sich der Seher mit seinem Schuhlieferanten ausgleichen, wie könnte der Buchdrucker mit dem Besteller eines Spielwarenkalenders handelseinig werden? Geld müssen wir also haben; es ist untrennbar mit der Volkswirtschaft verbunden. Aber das Geld ist in seiner seit Jahrhunderten bestehenden Form zum Spekulationsmittel, zum Ausbeuter par excellence geworden. Es stellt sich nur dann zur Verfügung, wenn der Profit winkt. Es wirft die Arbeiter auf die Straße, sobald die Rentabilität in Frage gestellt ist, selbst dann, wenn das dringlichste Bedürfnis nach Produktion vorliegt. (Wohnungsnot!)

Wie können wir nun das Geld zwingen, seine ursprüngliche Aufgabe, Kaufmittel zu sein, auszuführen? An welcher Stelle müssen die Pioniere eingeleitet werden?

Zunächst ein Wort über die „Geldschleule“. Wenn irgendwelche Fragen des Geldwesens auftauchen, so wendet sich der Staat mit fast tödlicher Sicherheit an die größten Geldbesitzer. Das ist genau so verkehrt, wie wenn der Scharfrichter zum Delinquenten sagte: „Wastalten Sie, bitte, daß ich Ihnen jetzt den Kopf abhabe?“

Die Soe sagte: „Unter ganzes Volkswermögen ist untre volkswirtschaftliche Schaffenden (Klop- und Handarbeiter) dazu berufen, das Geldwesen so zu gestalten, wie es im Interesse der Volkswirtschaft nötig ist.“

Pioniere vor! Wer das Geld der Volkswirtschaft entzieht, muß bestraft werden! Diese Strafe läßt sich durchführen durch gesetzliche Einführung der Geldsteuer. Zum Beispiel: Ein Hundertmarkstück müßte jede Woche an einem bestimmten Festtage mit einer 20-Pf.-Steuermarkte versehen werden durch den augenblicklichen Inhaber, wenn eine zehnprozentige Steuer festgelegt werden sollte. Ein Fünftigmarschlein mit einer 10-Pf.-Marke usw. Bei den kleinen Geldbesitzern monatlich oder vierteljährlich 1- oder 2-Pf.-Marken. Die Folge davon wäre, daß das Geld schneller in Umlauf gegeben würde. Der Warenablauf würde steigen, Häuser würden gebaut, immer mehr Bedürfnisse würden hervorgerufen, da jeder kein Geld an den Mann bringen will, genau so, wie heute jeder seine Ware abgeben will, da er sonst Schaden erleidet. Wenn aber jeder Geldbesitzer nach Ware ruft, so werden mehr Waren hergestellt werden müssen. Dazu sind mehr Arbeiter nötig. Jeder, der arbeiten will, wird Arbeit bekommen. Die Arbeit wird den Arbeiter suchen; heute sucht der Arbeiter vergeblich nach Arbeit.

Steigen und Fallen der Preise muß verhindert werden. Dies durchzuführen, ist die Aufgabe eines Reichswährungsamts, verbunden mit einem statistischen Amt. Steigen die Preise, so steht das Reichswährungsamt Geld

ein, sinken die Preise, so steht es mehr Geld in Umlauf. Hierdurch kommen wir zu einer festen Währung, d. h. der mittlere Warenpreis kann weder steigen noch fallen. Die Preise bleiben sich ständig gleich. Dadurch wird die Unternehmungslust gehoben, denn die Kaufkraft des Geldes bleibt unveränderlich.

Steigt die Unternehmungslust, so steigt auch der Bedarf an Arbeitskräften; die Arbeitslosigkeit verschwindet mehr und mehr. In vorausichtlich ganz kurzer Zeit wird durch die Einführung der Geldsteuer die Arbeitslosigkeit beseitigt.

Was bedeutet das aber für die Volkswirtschaft und im besonderen für die Arbeiterklasse? Die Arbeiterbeere des Kapitalismus, die die Arbeitslosen darstellen, sind aufgelöst. Jeder Schaffende kann mit Freigabe und Recht den vollen Ertrag seiner Arbeitsleistung für sich beanspruchen. Auf dem Arbeitsmarkt sind keine Arbeitskräfte frei; so muß jeder Unternehmer den vollen Arbeitsertrag an seine Mitarbeiter zur Auszahlung bringen. „Mitarbeiter“, sage ich, ja, denn dem Unternehmer kommt jetzt auch nur der Verdienst seiner eignen Mitarbeit zugute.

Arbeitslosigkeit wirkt immer lohnbrückend. Hunger tut weh. Keine Arbeitslosen, keine Lohnbrücker! Ein Teil der sozialen Frage wäre gelöst!

Höhere Löhne bei gleichbleibenden Preisen ist die weitere Folge der Geldsteuer. Also, der gesamte Volkswohlstand wird gehoben.

Nun hört ich schon, wie mancher Kollege kurz sagt: Utopiel halt, Kollegen! Sehen wir uns doch einmal etwas in der Welt um. Leben wir nicht in einer Welt von perwirklichen Utopien? Der eiserne Kollege, war der nicht in früherer Zeit eine Utopie? Die Rotationsmaschine in ihrer heutigen Gestalt, ebenfalls als Beispiel aus unrem eignen Berufe. Luftschiff, Flugmaschinen, nach vor Jahren Utopien, denen sich die Gelehrte der Schwerkraft entgegenwarfen. Elektrizität und Dampfkrast, chemische Industrie und Maschinenbau; sehen wir uns da nicht in eine Welt von verwirklichten Utopien versetzt? Und dann noch eine verwirklichte Utopie: die Erlassung der Steuern an der Einkommensquelle. Diese wäre schön und gut, wenn sie sich nicht ausschließlich auf die Lohn- und Gehaltsempfänger beschränken würde. Wir leben aber, daß die Erlassung der großen Vermögen und Einkommen in unrem jetzigen Wirtschaftssysteme, in dem die Plutokratie ein Hauptmachtfaktor ist, noch immer Utopie bleibt, trotz aller schönen Gelehrte, die eben nur auf dem Papier leben.

Hier heißt es, ganze Arbeit zu machen und auch diese Utopie aus der Welt zu schaffen. Das ist möglich, und zwar nur auf dem Wege der Geldsteuer; da treten wir die Quelle des kapitalistischen Einkommens.

Pioniere vor! Studiert die einschlägige Literatur, bildet euch aus als Fachleute im Geldwesen, die der Arbeiterklasse die Wege ebnen im Kampfe gegen den Kapitalismus!

II.

Der Wert des Geldes

Häufig wird man wohl einwenden, daß das Geld einen inneren Wert haben müßte, daß dieser aber bei einem derartigen Gelde, wie vorher beschriebenen, fehlen würde. Kollege W. M. hat diese Frage offen gelassen. Aber es läßt sich im Rahmen dieser Darlegung nicht vermeiden, einiges dazu zu sagen. Fast läßt man sich verleiten, zu sagen: Wert ist ein Wort, bestehend aus vier Buchstaben! Doch gehen wir dem Begriff etwas tiefer auf den Grund. In früherer Zeit, wo auch die Staatsverfassungen noch sehr primitive waren, mußte dem Geld ein Gegenwert anhaften gegen die einzukaufenden Waren. In den Anfängen der Entwicklung des Geldwesens benutzte man Vieh zum Austausch gegen andre Ware. Das lateinische Wort pecunia (Geld) weist noch deutlich auf die Abstammung von pecus (Vieh) hin. Man kann dann auf verschiedene andre Kaufmittel und blieb zuletzt bei den Edelmetallen stehen, bis auf untre Tage. Vielen Edelmetallen schrieb man einen ganz besonderen inneren Wert zu, wegen ihrer Seltenheit und Haltbarkeit. Geld ist demnach also eine Ware, die der einzukaufenden Ware ebenbürtig ist.

Diese Auffassung vom Geldwert wurzelt sehr tief; eine klare Vorstellung über den Wert im allgemeinen und über den Wert des Geldes im besonderen wird man aber vergeblich suchen. Der Wert ist eben kein abstrakter Begriff. Man setzt den Wert als etwas unbedingt Gegebenes voraus. Man kann sagen: Der Wert ist der Umlauf, daß eine bestimmte Sache bestimmten Personen zu bestimmter Zeit in irgendeiner Weise von Vorteil ist. Welchen Wert hat ein Klumpen Gold für den verschmachtenden Reisenden in der Wüste gegenüber einem Krug voll Wasser?

Wenn wir uns das Geld näher betrachten, so sehen wir auch, daß der Wertbegriff nur noch in der Theorie besteht; in der Praxis hat er schon längst ein großes Loch. Mit dem Verschwinden des letzten „Geldhalters“ hielt das unterwerlige Geld seinen Einzug. Also nur die staatliche Ausprägung mit einer bestimmten Wertangabe verleiht dem Münzgeld seinen Wert.

Im modernen Staat, der schon so viele Utopien in Wirklichkeit umgesetzt hat, kann man ruhig sagen: Das, was der Staat als Geld bezeichnet, ist Geld!

Dadurch ist dem Geldstoffmangel ein für allemal abgeholfen. Gold wird bei uns nicht gelunden. Das Ausland kann von uns also auch nur untre Bodenschätze und Arbeitsprodukte verlangen zum Austausch oder zur Ent-

* Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. „Wirtschaftlicher Bericht“, Berlin-Weg erfeld, Glediger Straße 31, Dassel; ausführliches Schriftenverzeichnis erhältlich.

Schädigung. Im übrigen verweise ich nochmals auf die bezeichnende Literatur, die auch den Wertbegriff behandelt. Also, lori mit dem Wortteil durch den Wertbegriff, der nur Unklarheit geschaffen hat. Pioniere vor!

III. Die Bodenreform

Wollte man nun eine Reform des Geldwesens in der angegebenen Weise vornehmen, ohne eine gleichzeitig gebräuchlichste Änderung des Eigentumsrechts an Grund und Boden durchzuführen, so käme man wohl eine Ausbeutungsmöglichkeit durch den Geldheiß beilegt, aber die Ausbeutungsmöglichkeit durch den Besitz an Grund und Boden würde gewaltig steigen.

Die Geldreform, auch Freigeld genannt, würde folgende ergeben: 1. Die Festigkeit des Preisstandes verbindet allgemeine Wirtschaftskrisen. 2. Der Zinsfuß sinkt automatisch und dauernd. Jedes neue Unternehmen wird erleichtert. Die Nachfrage nach Arbeitskräften nimmt zu, und die Arbeitslosigkeit verschwindet. Die Löhne steigen ohne Erhöhung der Kosten für die Lebenshaltung! 3. Die günstigen Arbeitsbedingungen steigern aber die Geburtenzahl und die Einwanderung. 4. Dadurch erzielen die Grundbesitzer höhere Bodenpreise, Pachten und Mieten. 5. Daraus ergibt sich, daß die Bodenfrage gleichzeitig mit der Geldfrage geregelt werden muß. Pioniere vor!

Wir sehen, daß der Boden des Landes ständig ausgebeutet wird durch Bezahlung der Grundrente an den Eigentümer. Je mehr Menschen sich in den Besitz an Boden zu leisten haben, um so höher ist die Grundrente. Also, die Mütter, die die Menschen geboren haben, sind die Schaffer der Grundrente; sie sind darum auch die berechtigten Anwärter auf den Ertrag der Grundrente. Die Zahlung der Grundrente darf also nicht mehr an die privaten Besitzer erfolgen, sondern an den Staat, der für die gerechte Verwendung dieser gewaltigen Einnahmen der gesamten Öffentlichkeit gegenüber verantwortlich ist.

Hierzu ist folgendes Grundgesetz erforderlich:
Sämtlicher Grund und Boden gehört dem Staate.
Durch Verpachtung an den Meistbietenden wird die Höhe der Grundrente ermittelt.

Dadurch fällt die gesamte Grundrente an den Staat. Diese gewaltige Einnahme des Staates löst mit einem Schläge sämtliche Steuerprobleme. Dazu kommt der Ertrag der Geldsteuer, der bei einer gesamten Ausgabe an Banknoten von 90 Milliarden Mark eine jährliche Einnahme von 9 Milliarden Mark ergibt, bei einer Festlegung von 10 Proz. jährlicher Geldsteuer.

An diesen Steuerquellen operiert der Staat dauernd vorbei und sucht immer dort nach Steuerquellen, wo es am wenigsten angebracht ist, nämlich bei denen, die von der Hand in den Mund leben! Neue indirekte Steuern sind uns ja schon in Aussicht gestellt. Man wird, nur noch die Wahlen am 20. Februar ab, um die Arbeiterklasse dann vollständig zu erschöpfen. So wird die Arbeiterklasse durch die Geldreform in Verbindung mit der Bodenreform zu erreichen?

IV.

Die angewandte Demokratie

Ja, es ist zu erreichen, und zwar ohne Handgranaten und Maschinengewehre, auf dem Wege der angewandten Demokratie!

In der Reichsverfassung ist das Gesetz über Volksentscheid und Volksbegehren festgelegt. Es kommt nun darauf an, dem Volke die Bedeutung dieser Reformen vor Augen zu führen, und es bedarf kaum der Erwähnung, daß die gesamte Arbeiter- und Beamtenklasse ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit geschlossen für die Reformen kämpfen wird.

Alle Arbeiterparteien haben ja das eine große Ziel im Auge: Befreiung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen! Nur über den Weg kann man sich nicht einigen. Der vorgeschlagene Weg ist der kürzeste, aber auch der radikalste. Mit den legalen Mitteln des Gesetzes das Ziel zu erreichen, war die Bahn, die uns Marx und Engels gewiesen haben. Ergringt euch die Demokratie, und der Weg ist frei zur Umgestaltung im Sinne des Sozialismus! Das war ihre Lösung.

Wir haben nun die Demokratie, und wir verlangen nun auch, daß sie zur Durchführung der sozialen Revolution angewandt wird.

Mit dem Wahlrecht zu den Staats- und Verwaltungskörperschaften allein ist uns nicht geholfen. Wichtige Änderungen, die von einschneidender Bedeutung für das Volkswohl sind, müssen dem gesamten Volke zur Entscheidung vorgelegt werden. Dann erst kommt die Demokratie zur vollen Entfaltung zum Segen der arbeitenden Menschheit. Hier finden wir auch das Mittel, das die zerstückelte Arbeiterklasse wieder zusammenführt. Pioniere vor!

Mit der Durchführung dieser beiden Reformen soll nun nicht gesagt sein, daß sie aller Weisheit letzter Schluss sein soll. O nein! Gerade durch ihre Verwirklichung rücken die anderen sozialen Probleme erst in greifbare Nähe. Die Sozialisierung der reifen Betriebe wird dann bei weitem nicht mehr so große Schwierigkeiten bereiten, wie dies heute der Fall ist.

Aber schon allein die Befreiung der Arbeitslosigkeit sowie die Befreiung derer, die die Mittel dazu haben (wer viel Geld hat, zahlt viel, wer wenig hat, zahlt wenig, wer kein Geld hat, zahlt keine Steuern) zwingt uns, alle Mittel anzuwenden, um die Reformen des Geldes und des Bodens zu verwirklichen.

Darum auf, Kollegen! Macht euren Anse, die Pioniere der Arbeiterklasse zu sein, dadurch Ehre, daß ihr das Mögliche mit möglichen Mitteln zur Ausführung bringt. Gori mit allem Parteihader! Einig und geschlossen kann die Arbeiterklasse alles erreichen!

Pioniere vor!
Bodum.

Theodor Fab.

Wie helfen wir uns?

Den Nagel auf den Kopf getroffen hat der Kollege W. Matthes (Chemnitz) mit seinen Ausführungen in Nr. 11 des „Storr.“ unter der Überschrift: „Wie helfen wir den Arbeitslosen?“ Hier muß der Sebel angelegt werden, wenn wir zu besseren Zuständen kommen wollen. Alle andre Aufklärung der Massen ist nicht so notwendig wie gerade in der Geldfrage. Geld regiert die Welt! An der Geldfrage stranden oft die prinzipienfestesten Sozialisten. Wer durch Glück in seinem Leben ein oder gar mehrere tausend Mark sein eigen nennen kann, sieht vieloch geringfügig auf seine Arbeitskollegen herab und glaubt oft behaupten zu können, daß die meisten Arbeiter an ihrem künftigen Dalles selbst schuld seien, weil sie es für Gebrauch und Eitelkeit hielten, alles wieder auszugeben, wie sie es erhalten. Gewiß ist man unter den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen gezwungen, für einen Notgroschen zu sorgen, wenn man nicht bei jeder Gelegenheit Schulden machen will. Aber volkswirtschaftlich besser handeln diejenigen, die das Geld rollen lassen. Geradezu katastrophal für unsere Volkswirtschaft wäre es, wenn die große Masse nur das Notwendigste zum Leben ausgäbe, das übrige aber auf die „hohe Kamte“ legen würde. Arbeitslosigkeit in allen Branchen wäre die Folge und das durch diese hervorgerufene Elend schwäche die Kaufkraft immer mehr.

Vor den Wahlen zu den Parlamenten kann jeder Werber am besten leben, wie notwendig die Aufklärung der Massen gerade in der Geldfrage ist. „Es ist ganz einseitig, wer da drin sitzt, alle Sorgen zuerst für sich“, ist ein geläufiges Wort. Die Masse der Nichtwähler urteilt nur von diesem Gesichtspunkt aus. Für alle Parteien des Proletariats gäbe es kein dankbareres Feld in der Aufklärung als gerade die Geldwährung, der Wertschwund, die Vermögensverluste usw. Statt dessen streift man sich über Prinzipien der Wege, die zum Sozialismus führen, den doch wohl alle sozialistischen Parteien erstreben. Unterdessen darbt und duldet das Volk, wird apathisch, gleichgültig, glaubt an keine Befreiung mehr und sucht nach Mitteln, sich auf kapitalistische Manier das Leben angenehm zu machen. Alle diese gehen für die Bestrebungen der Sozialisten verloren.

Aber eines, lieber Kollege Matthes, haben Sie vergessen zu sagen, oder Sie wollten es nicht sagen: die Vorbereitung zur Einführung einer andern Währung, zur Abschaffung des Zinses ist die Erringung der politischen Macht. Solange der Kapitalismus am Ruder, wird er sich nie auf Reformen des Geldes und Zinswesens einlassen, ja, selbst wenn wir vorübergehend einmal bankrott machen sollten. Mag die Erringung der politischen Macht auf dem evolutionären oder dem revolutionären Wege geschehen, bevor wir sie nicht haben, sind alle Reformversuche zwecklos. Alles sind Halbheiten, eine weiße Salbe, die dem einen nichts nützt und dem andern nichts schadet. So lange müssen wir zwecklose Lohnkämpfe führen, um eben am Leben bleiben zu können. So lange hat die Lebensart keinen Wert, daß uns Lohnhöhungen nichts mehr nützen.

Als Anhänger der Lehre Silvio Gesells in der Geldfrage müssen wir jedes Wort in dem Artikel des Kollegen Matthes unterschreiben. Das Kapital streift, wenn es nicht den erhofften Gewinn sieht. Wir werden keine Befreiung in der Wohnungsfrage erleben, solange das Kapital die Verzinsung aus den Häusern zieht. Es produziert nicht, wenn nicht der Mehrwert in die Augen springt. Der Zins ist das Ungerechteste, was wir haben; wer Zins einnimmt, läßt ander für sich arbeiten. Solange Zins besteht, wird der Kapitalismus bestehen, mit ihm ist er befestigt. So lange Zins bezahlt wird, wird es stets eine Klasse geben, die nicht zu arbeiten, wohl aber desto besser zu leben verlehrt.

Aber es hieße den Artikel Matthes' wiederholen, würden wir nicht auf Mittel und Wege sinnen, die Geldfrage zu ändern. Grundsätzlich glaubt kein Mensch mehr daran, daß wir auf dem Wege der formalen Demokratie zur politischen und wirtschaftlichen Macht gelangen. So lange eine so starke kapitalistische Presse existiert, wird es uns verfallen, das Volk in ihre Spähre einzulassen, die „bewährte Wirtschaftssordnung“ für die richtige halten und dem Volk autohkontrieren. Trotzdem wäre selbst mit der Macht des Stimmzettels viel zu erobern, wenn — ja wenn die Wähler wählten! Aber selbst die heulige „Mehrhheit“ ist bei richtiger Bewertung der Wähler schwindel. Den Endkampf muß und wird das revolutionäre Proletariat mit andern Mitteln führen müssen, wenn es zu seinem Ziele kommen will. Dann erst werden wir den vollen Arbeitsertrag ernten, dann werden wir nicht mehr um Lohn kämpfen müssen, der uns auf andern Wege sofort wieder abgenommen wird. Am tiefen Endkampf zu führen, müssen wir eutig werden. Nicht uns ein einiger Prinzipien willen spalten. Noch helfen wir eine solche einzige Macht: den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Halten wir treu zu ihm und sorgen wir, daß alle, die ihm noch fernstehen, in ihm vereint werden. Dann schaffen wir es.

Düsseldorf.

S. Birck.

Gewerkschaften und Arbeitslosenfrage

Die schwierigste Aufgabe für die Führung der Gewerkschaften ist seit den letzten Jahren unstreitig die Lösung der Arbeitslosenfrage. Mittel, die in der Vorkriegszeit ausreichend waren, vorübergehenden Wirtschaftskrisen zu begegnen, haben sich als unbrauchbar für die jetzige Zeit erwiesen. Erob der durch Staat und Kommunen in erheblichem Maße bereitgestellten finanziellen Mittel für die Unterhaltung Erwerbsloser, für die Finanzierung von Hilfsarbeiten und Gewährung sonstiger Beihilfen zur Aufrechterhaltung von Wirtschaftsbetrieben, trotz der Bemühungen der Gewerkschaften in zentralen, lokalen und einzelberuflichen Körperchaften ist es nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Die Arbeitslosigkeit des Bemühens ist verständlich, weil die Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise wohl die gleichen sind wie in den vorübergehenden Krisen der Vorkriegszeit, aber damals kein so allgemein verarmtes Proletariat vorhanden war, wie es durch die lange Kriegszeit geschaffen ist. Und nicht nur das deutsche Proletariat, sondern auch das Proletariat fast aller am Kriege beteiligter gewesener Länder ist von ähnlichen Erscheinungen betroffen worden.

Die periodisch wiederkehrenden Produktionshemmungen der Vorkriegszeit als Folgen der Überfüllung des Marktes konnten nach längerer oder kürzerer Dauer überwunden werden, weil sich bald wieder Absatzmöglichkeiten boten und der Auslandsmarkt durch besonders vorstellende Angebote von Erzeugnissen sich immer mehr erschloß. Demgegenüber besteht heute ein Warenüberfluß. Ein überreiches Angebot würde vorhanden sein, wenn nicht die Kaufkraft der Arbeiterklasse auf das Maß des zum Leben Allernotwendigsten gekulnen wäre. Durch die tagtäglich sprunghaft steigende Verteuerung der Lebenshaltung und die finanziellen Anforderungen von Staat und Gemeinde verschärft sich die Not und die allgemeine Verarmung der arbeitenden Bevölkerung um so mehr. Der weitaus größte Teil der Arbeiterklasse kann nur das nackte Leben fristen, ohne nur im geringsten an die Anschaffung von Kleidung oder sonstigen Bedarfsgegenständen denken zu können. Daß durch die immer geringer werdende Kaufkraft der breiten Masse, weil sie doch der Hauptkonsumtion für den Wirtschaftsmarkt ist, die Wirtschaftskrisen immer tiefer werden, ist eine ganz natürliche Folge.

Aus diesen Tatsachen heraus erwächst die Notwendigkeit, wenn man die Krise und mit ihr die Arbeitslosigkeit überwinden will, Mittel anzuwenden, die geeignet sind, die offensichtlichen Schäden privalkapitalistischer Produktionsweise zu beseitigen — als die Ursachen des Arbeitslosenelends. Alle Reformen, die die Grundlagen der bestehenden Wirtschaftsform erhalten wollen, sind nutzlos und nur geeignet, die Arbeiterklasse dauernd zu entmenschen.

„Sehen wir uns einmal die Wege an, auf denen die Arbeitslosigkeit gemildert werden soll. Grundsätzlich möchte ich betonen, daß das Verlangen der Arbeitslosen nach Einreihung in den Produktionsprozeß ein natürliches Recht ist und ermöglicht werden muß, aber ohne die Mitbestimmung der Arbeiterklasse über die Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte und die dann notwendige Arbeitszeit kann das Verlangen nicht durchgeführt werden.“

Von den Gewerkschaften wird, um die Arbeitslosigkeit zu mildern, die Einführung der Kurzarbeit empfohlen, und vom Staat werden die Kurzarbeitenden durch geringe Zuschüsse unterstützt. Kann aber den Arbeitslosen auf die Dauer dadurch wirklich geholfen werden? Ist die finanzielle Auswirkung der Kurzarbeit nicht vielmehr die, daß die Erwerbslosenfürsorge auf diejenigen Schultern übertragen wird, die selbst schwer unter der wirtschaftlichen Notlage zu leiden haben, und die tagtäglich, selbst bei voller Beschäftigung, um den notdürftigsten Lebensunterhalt ringen müssen?

Was sehen wir aber auf der Seite, die Ursache hätte, mit allen verfügbaren Mitteln einzutreten für die Opfer der anarischlichen Produktionsweise? Erstens Abweisung jedes Verlangens, von geringen Ausnahmen abgesehen, nach einem Lohnzuschuß für den Ausfall bei Kurzarbeit, ferner Vorschläge zum Abbau der Erwerbslosenfürsorge und das Verlangen nach Abschaffung des Arbeitslosenlages. Damit glaubt die bestehende Klasse die Arbeitslosenfrage lösen zu können!

Betrachten wir noch kurz die Auswirkung der Kurzarbeit von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Wir wissen, daß durch die auf das Lebensnotdürftigste herabgesetzte Konsumtionskraft der Arbeiterklasse die Lähmung des Wirtschaftslebens verstärkt wird. Wenn nun, um Entlastungen zu vermeiden oder um Erwerbslose zu beschäftigen, zur Einführung der Kurzarbeit geschritten wird, ohne die Lohnhöhe der bisher Vollbeschäftigten den Kurzarbeitern zu belassen, dann muß weitaus durch den Lohnausfall bei jedem von der Kurzarbeit Betroffenen eine Einschränkung seiner Ausgaben eintreten. Die Folge davon ist ein weiterer Rückgang des Wirtschaftslebens, dessen Auswirkung für die Arbeiterklasse sichtbar wird durch Betriebs Einschränkungen, Stilllegungen und Entlassungen in den Reihen der Erwerbslosen.

Aus dieser kurzen Betrachtung sehen wir, daß die Kosten der Kurzarbeit zum Hauptteil von der Arbeiterklasse getragen werden und die wirtschaftliche Auswirkung derselben eher das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes hervorruft, solange mit der Kurzarbeit eine Verminderung des Einkommens verknüpft ist.

Das zweite, oft empfohlene Mittel, die Arbeitslosigkeit zu mildern, ist die Arbeitsbeschaffung. Teils in Gemeinschaft mit Unternehmern werden alle möglichen Wege untersucht, um Arbeitsmöglichkeiten zu ergötmen. Auch

Dieser Weg zur Milderung der Arbeitslosigkeit hat sich, von geriaten, kurz vorübergehenden Ausnahmen abgesehen, als erfolglos erwiesen. An der Ergründung dieser Arbeitslosigkeit geht man gewöhnlich vorüber, weil ja dann die ganze Haltlosigkeit der privatkapitalistischen Produktionsweise sich ergeben würde. Solange der Arbeiterklasse die Mithilfe an den geschaffenen Werten auf das zum Leben aller notwendigen Maß beschränkt wird, wird sie auch als Störfaktor auf das Mindestmaß herabgedrückt, was naturgemäß bei dem jetzt fehlenden Absatzgebiet nach dem Auszug für die Produktion um so fühlbarer ist.

Zus diesem kurzen Überblick auf die bisherigen Methoden zur Milderung der Arbeitslosigkeit ist hier ersichtlich, daß die Gewerkschaften nicht in Arbeitsgemeinschaften mit Unternehmern, sondern nur gefühl auf ihre eigene wirtschaftliche Macht die Arbeitslosigkeit mildern bzw. die Arbeitslosenfrage überhaupt lösen können. Die Aufgaben der Arbeitslosigkeit müssen beseitigt werden. Das der dazu notwendige Umbau der privatkapitalistischen Produktionsweise zu einer gemeinwirtschaftlichen nutzbringend und unter geringsten Opfern für die Arbeiterklasse nur schrittweise erfolgen kann, ist schon mehrfach an anderen Stellen betont worden.

Vor allem gilt es, die gesamte arbeitende Klasse, ungeachtet ob Hand- oder Kopfarbeiter, unbehindert darum, welcher sozialistischen Richtung angehörend, für ein konkretes, leicht begreifliches Ziel zu interessieren. Wenn nur durch die Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte der beseitigten Klasse ist es möglich, der bestehenden Klasse die notwendigen Vorbedingungen zum Aufbau der Wirtschaft auf einer gemeinwirtschaftlichen Grundlage abzurufen.

Eine solche grundlegende, von der arbeitenden Klasse auch als solche erkannte und damit auch die Arbeiterklasse vereinende Vorbedingung ist die vom Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in seiner Tagung vom 19. Januar 1921 aufgestellte Forderung der sofortigen Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Ich bin der Annahme, daß der Ausschuss des Gewerkschaftsbundes mit dieser Forderung nicht nur eine Gegenparole schaffen wollte, sondern ernstlich die gesamte verfügbare Kraft der Arbeiterklasse einsetzt zur Verwirklichung dieser seiner Forderung. Zu verhehlen brauchen wir uns dabei nicht, daß in dem Ringen um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues die bestehende Klasse insgesamt gegen die beseitigte stehen wird. Um so mehr ist es die Aufgabe der Zentralinstanzen, die arbeitende Klasse für dieses konkrete Ziel zu interessieren und die ersten Schritte zur Erreichung des gestellten Zieles recht bald in Angriff zu nehmen.

Durch die Produktionskontrolle und die Verteilung der Kohlenstücke wird die Arbeitslosenfrage wesentlich der Lösung näher gebracht. Die Kohle bildet unweifelhaft das Herz des Wirtschaftslebens. In der Kontrolle über die Kohleproduktion und die Verteilung der Kohlenstücke auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage liegt gleichzeitig der Schlüssel zur Kontrolle der Wirtschaft im allgemeinen. Und damit werden Unternehmerlabotage, Betriebskürzungen, Wettbewerbskillingen, überhöhtigste Preisforderungen — alle der Arbeiterklasse so schädlichen Auswirkungen von Unternehmerwillkür — auf ein Mindestmaß beschränkt werden können. Mit der Kontrolle der Kohleproduktion würde auch ein wesentlicher Teil zur Behebung der Wirtschaftslage und damit auch die Aussicht auf die endgültige Lösung des Arbeitslosenproblems gegeben sein.

Nicht Scheinreformen, nur grundlegende Änderung der bestehenden Wirtschaftsform kann die Arbeitslosenfrage ihrer Lösung näherbringen. Darum, Führer des Gewerkschaftsbundes, tut eure Pflicht, solange es noch Zeit ist! Leipzig. M. S.

Zu: „Theorie und Praxis“

In Ihrer Nr. 16 vom 8. Februar 1921 geben Sie an besonders auffälliger Stelle den Auslassungen eines Berichterstatters über eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss Raum, der sich aus dem Hinterhalte der Pseudonymität heraus in gebilligen persönlichen Äußerungen über meinen Herrn Otto Säuberlich ergab. Da der Redaktion die langzugehörige, allgemein geachtete Wirksamkeit des genannten Mitinhabers meiner Firma bekannt ist, so hätte erwartet werden dürfen, daß sie den Abdruck persönlicher Angriffe auf den guten Namen eines in öffentlicher Tätigkeit stehenden mindestens vom Eintreten des Einleiders mit seinem Namen abhängig gemacht hätte. Zur Verteidigung habe ich zu bemerken, daß Herr Säuberlich seit fast zwei Monaten durch Krankheit verhindert ist, sich in gewohnter Weise seiner geschäftlichen und vielseitigen ehrenamtlichen Tätigkeit zu widmen, er ist infolgedessen auch mit der in Rede stehenden Angelegenheit nicht befaßt gewesen.

In der Sache selbst handelt es sich keineswegs um einen besonderen Fall meiner Firma, sondern um eine allgemeine Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Organisationsvertretern, deren Erfüllung ich mir nicht mehr und nicht minder habe angelegen sein lassen wie andere Firmen auch. Viele Vereinbarung lief darauf hinaus, daß den Buchdruckerleuten des Tarifkreises VII durch ihren Tarifkreisvertreter empfohlen wurde, den als qualifiziert anerkannten (besonders leistungsfähigen) Gehilfen, die bis zur Einführung des neuen Tarifs über Minimum entlohnt werden waren, was jetzt ab im allgemeinen das Doppelte des bisher über Minimum gezahlten Betrages zu gerären. Dieser „Empfehlung“ ist meinerseits in jeder Hinsicht entsprochen worden.

Was die fraglichen Reverte anlangt, so liegt in deren Handhabung durchaus keine Umkehrung der Demobilisierung vor, sondern es sollte nur die Möglichkeit geschaffen werden, den auf Ausschüsse eingestellten

Gehilfen über die tarifmäßigen der Wochen hinaus beschließen zu können unter Beibehaltung der Kündigungsmöglichkeit. Ohne diese Voraussetzung hätte das Arbeitsverhältnis schon nach vier Wochen gelöst werden müssen, weil keine Aussicht vorhanden war, es in ein dauerndes zu verwandeln. Das ist auch durch die später nicht geordnete Verkürzung der Arbeitszeit erwiesen worden. Aber auch diese Reverte sind keineswegs eine Sonder-einrichtung meiner Firma, sondern waren vielfach anderwärts schon gebräuchlich, ehe sie bei mir zur Anwendung kamen, und man hat gegen ihre Anwendung und Durchführung nichts einzuwenden gehabt. Die Gehilfenorganisation selbst gestaltet ja ebenfalls Ausnahmen. Es ist eine sonderbare, sehr häufig zu beobachtende Erscheinung, daß in Betrieben, wo die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchaus gut sind und man allem möglichen Rechnung zu tragen sich bemüht, keineswegs die Zufriedenheit gefördert wird, sondern gewöhnlich das Gegenteil zu beobachten ist.

Hochachtungsvoll

Oscar Brandtkeffer.

Der erste Teil dieser Erklärung vergrößert Inhalt und Tendenz der letzten angegriffenen Einleitung offensichtlich. Der Schluss hätte, von keinem überlebenden Ton abgesehen, Berechtigung, wenn die Entgegnung würde alles wiederholen können, was durch oder auch ohne den Artikel in Nr. 16 bekannt ist. Hier jedoch Herr Säuberlich wegen seiner nie in Gewerbe im allgemeinen gewöhnlichen richtigen Fähigkeit, womit schon häufig gutes Zusammenarbeiten mit den Sozialisten der Gehilfeninteressen verbunden war. Herrn Säuberlich es dessenungeachtet in seinem Unternehmen postieren, daß Theorie und Praxis nicht zusammengehen. Es braucht das ja nicht allein an ihm zu liegen.

Die große Anziedendheit des Personal liegt darin begründet, daß nicht, wie Argus behauptet, seit November, sondern schon seit September die Seher verliert arbeiten müssen, obwohl noch allgemeiner Ansicht das nicht für die lange Zeit notwendig gewesen ist. Nachdem der Schlichtungsausschuss Leipzig mit den länger als zwei Monate zurückliegenden Reverte aufgeräumt hat, wollte Argus durch seinen kleinen Artikel auch den Kollegen anderer Leipziger Buchverleger, die damit der Firma Brandtkeffer zum Teil vorausgegangen sind, bedeuten, diesen in Berlin ebenfalls schon als Lösung empfindenden Umstand ein Ende zu bereiten. Nach dem uns im Vorstehenden bekannten Rundschreiben des Leipziger Prinzipalsvorstandes vom 24. Januar können wir eine Abrechnung und der darin enthaltenen Empfehlung, im allgemeinen das Doppelte des bisher über Minimum gezahlten Betrages zu gewähren, nicht erbilden. Uns bekannte Einzelheiten sprechen dagegen; allerdings haben andere Kollegen auch mehr als das Doppelte erhalten. Selbstverständlich sind nicht diese, sondern die Zukunftsprognosen die Argumente. Da der Ausschuss der Buchverleger in Aussicht gestellten 10000 Mk. (weil die daran geknüpfte Bedingung, daß der Betriebsrat seine Schlichtungen außerhalb der Arbeitszeit abhalten solle, vom Personal nicht akzeptiert werden konnte) auch noch nachwirkte, so hat eben der Annull neue Nahrung gefunden durch die letzten Vorgänge.

Soweit wir unterrichtet sind, stimmen die Verurteilungen auf Vereinbarung mit dem Gehilfenorganisation bzw. die von ihr gebildeten Ausnahmen nicht. Eine Bekanntheit solcher Vereinbarungen kann weiterhin in Aussicht gestellten 10000 Mk.

Wenn Mithilfe in Leipziger Buchverleger nicht im ersten Stadium begeben lassen, dann gehören sie vor das Forum einer Mitgliedschaftsversammlung und gelangen durch den Versammlungsbericht dann zur allgemeinen Kenntnis. Diesen richtigeren Weg möchten wir bei dieser Gelegenheit wie der in Erinnerung bringen. Die Redaktion.

■ ■ ■ ■ ■ Korrespondenzen ■ ■ ■ ■ ■

Berlin. Die am 27. Januar abgehaltene Versammlung aller Vertreter der in tariffreien Firmen arbeitenden Gehilfen im Tarifkreise VIII (Berlin) behandelte folgende Tagesordnung: 1. Aufstellung von Kandidaten zur Wahl des Kreisvertreters und des ersten und zweiten Stellvertreters; 2. Desgleichen für die Beisitzer zum Tarifschiedsgericht; 3. Desgleichen der Beisitzer zum Tarifante; 4. Wahl von drei Aufsichtspersonen für den Arbeitsnachweis. Es wurde bei den ersten drei Punkten ein Antrag angenommen, der Listenwahl vorschlug. Die Liste 1 umfaßte die auf dem Boden der Tarifgemeinschaft stehenden Verbandsmitglieder, Liste 2 enthielt die Kandidaten der Opposition, Liste 3 die Kandidaten des Gulenbergbundes. Der Punkt 4 der Tagesordnung ergab die Wahl der Kollegen Grobe, Mallial und Bengel als Aufsichtspersonen für den Arbeitsnachweis. — Die am Dienstag, dem 8. Februar, vorgenommene Ausübung der Stimmzettel hatte folgendes Resultat: Mallini, Kreisvertreter 8036 Stimmen, ersperrter 2406 Stimmen, Albrecht, erster Stellvertreter, 7910 Stimmen, ersperrter 2532 Stimmen. Ebel, zweiter Stellvertreter, 5632, 3. adu (Opposition) 4240, Flebig (Gulenbergbund) 471, ersperrter 99 Stimmen. Beisitzer zum Tarifschiedsgericht: Liste 1: 5934, Liste 2: 4371, Liste 3: 499, ersperrter 4 Stimmen. Gewählt Liste 1: Schlessler, Kretschmer, Ackermann, Stenzhorn, Hebe, Mühlberg, Schenk. Beisitzer zum Tarifante: Liste 1: 5808, Liste 2: 4533, Liste 3: 462, ersperrter 5 Stimmen. Gewählt Liste 1: Braun, Gröning, Crotz, Lehmpfuhl, Krüger.

Münberg. In Verfolg des Aufrufs des Tarifschuldes zur Unterstufung der Arbeitslosen vom November 1920 beriet auch die hiesige Gehilfenvertretung mit der erweiterten Vorstandschale des Vereins Münberg-Fürther Buchdruckerleuten in zwei Zusammenkünften. Das Resultat war, daß sich die Prinzipale verpflichteten, pro Gehilfe und Woche 3 Mk. an je vier Zahltagen zu leisten, so daß dadurch über 3200 Mk. zusammenkamen, die an Werktagen bzw. Neujahr an die Arbeitslosen verteilt wurden. Ferner wurden mehrere Einstellungen vorgenommen, die meistens auch sehr noch nicht wieder rückgängig gemacht wurden, so daß eine merkliche Entlastung des hiesigen Arbeitsnachweises zu versprechen ist. Außerdem wurden gemeinsame Eingaben an Stadträte, Handwerks- und Handelskammer um vermehrte Druckaufträge geschickt. Konnte also eine gewisse soziale Einflucht und ein Verständnis für die Notlage der Gehilfen bei den Prinzipalen bei dieser Aktion konstatiert werden, so versagen diese aber völlig, als von der Gehilfenleitung ein

Antrag gestellt wurde auf eine einmalige Wirtschaftsbekämpfung. Da dies es, sie hätten von ihrer Hauptleitung die strikte Anweisung, nichts zu bewilligen, was nicht vom Tarifsausschuss beschlossen würde, und sie möchten sich an die Maßnahmen und Beschlüsse ihrer höheren Instanzen ebenso strikte halten, wie die Gehilfen an die ihrigen. Bei der tariflichen Verbringentlohnung haben sie sich allerdings nicht gleich an die Beschlüsse gebunden erzählt. Da war die Disziplin dieser Herren eine sehr lockere. Zugelagt wurde in der Ansprache auch wenigstens, daß sie das Gehilfengeld ihren Mitgliedern zur Kenntnis bringen wollen. Herauskommen wird aber dabei nichts, denn trotz verschiedener gut, zum Teil sehr auf fundierter und prosperierender Firmen am Orte hat sich außer der „Zagespott“, die immerzeit 100 Mk. für jeden Bekämpfung und 20 Mk. für jedes Kind unter 16 Jahren spendete, noch keine bereit gefunden, die Notlage der Gehilfen auch nur in etwas zu steuern. Hier heißt es eben auch: Wenn nur ich habe . . .

Drainische. Am 15. Februar feierte Kollege Hermann Reinicke sein 50jähriges Buchdruckerjubiläum. Er lernte am hiesigen Orte bei der Firma Freyhoff als Schlichter, ging dann nach Leipzig, um später wieder in seine Geburtsort zurückzukehren. Nach über 30jähriger Tätigkeit dort verlegte er seinen Wohnsitz nach Berlin. Jetzt steht er schon über 10 Jahre hier bei der Firma W. Müller. Zu Ehren des Jubilars, der auch stets seine Verbandsmitgliedschaft treu erfüllte, fand abends eine Feier statt.

Würzburg. Die ordentliche Hauptversammlung am 30. Januar beschloß wiederum eine Beitragserhöhung, bedingt durch einen erhöhten Beitrag zum Ortsausschuss Würzburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, durch besondere Unterstellungen von Erwerbslosen, Invaliden und Kranken und endlich durch Einführung eines Sterbegeldes, um die Hinterbliebenen eines verstorbenen Kollegen wenigstens in den ersten Wochen vor Not zu schützen. Neben dem Jahresbericht und sonstigen örtlichen Angelegenheiten wurde die allgemeine wirtschaftliche Lage besprochen und nachfolgende Entscheidung einstimmig angenommen: „Angeichts der Tatsache, daß die fortgesetzten Lohnbewegungen die Arbeiterklasse nicht vorwärts bringen, vielmehr bei den unzulänglichen Steuerungsanlagen die Lebensbedingungen immer unzuträglicher werden, fordert die Generalversammlung vom Verbandsvorstand und durch die hiesige Kartellleitung vom Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sofortige entsprechende Schritte zur Senkung der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel sowie schärfste Maßnahmen zur Bekämpfung von Wucherern und Schlechtbändlern. In Würzburg des Umfandes, daß den deutschen Gewerkschaften durch Eingekleid und Geschlossenheit die siegreiche Abwehr des Kapitalismus gelungen ist, steht die Generalversammlung auf dem Standpunkte, daß es durch Anwendung derselben Mittel möglich sein muß, bessere Lebensverhältnisse für das deutsche Volk herbeizuführen, zumal der größte Teil des Bürgerlums geschlossen für diese Forderung mit eintritt. Die Generalversammlung stellt weiter auf dem Standpunkte, daß bis zur Erreichung der obigen Forderung sofortige Verhandlungen des Tarifsausschusses erforderlich sind zwecks Festlegung neuer Steuerungsanlagen und fordert vom Verbandsvorstand geeignete Maßnahmen hierzu. Endlich gibt die Generalversammlung der Erwartung Ausdruck, daß bei der Neuregelung der Ortsklasseneinteilung Würzburg in die den hiesigen Verhältnissen entsprechende Klasse B eingereiht wird.“

■ ■ ■ ■ ■ Rundschau ■ ■ ■ ■ ■

Stellungnahmen zur Leipziger Tarifsausschubkündigung. Es ist über einige Versammlungen uns schon kurz Mitteilung gemacht worden. In Berlin wurde zwar scharfe Kritik an dem neuen Abkommen geübt, aber es wurde dann angenommen. — Den Darlegungen des Gehilfenvertreters folgend, hat man in Braunschweig unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse den neuen Vereinbarungen zugestimmt.

Tarifsausschubkündigung der Schriftsetzer. In der am 11. und 12. Februar in Berlin abgehaltenen Sitzung wurde von Gehilfenseite der Antrag gestellt, eine Erhöhung der Steuerungszulage um 15 Proz. eintreten zu lassen. Darauf gingen die Prinzipalsvertreter nicht ein. Es kam jedoch zur Verständigung auf der Basis, daß verheiratete Facharbeiter und Angelernte bis zum 21. Lebensjahre (es kommen hierfür nur Muttererzähler in Betracht) 25 Pf., von 21 bis zu 25 Jahren 35 Pf. und über 25 Jahre 40 Pf. pro Stunde mehr erhalten; für Ledige beträgt die Erhöhung in der gleichen Altersfolge 15, 25 und 35 Pf., Angelernte und Arbeiterinnen bekommen je nach Altersklasse 10–35 Pf. mehr. Für Akkordarbeiter beträgt die Erhöhung des festen Steuerungszuschlags je nach Alter 25 bis 40 Pf. pro Stunde, für Akkordarbeiterinnen 35 Pf. Das neue Abkommen gilt bis 30. April 1921. Bis zum 21. Februar müssen beide Teile dem Schriftsetzerlarfamt ihre Stellungnahme angezeigt haben. An die Tarifsausschubkündigung anschließend trat das Tarifamt zusammen, um über verschiedene strittige Punkte tariflichen Charakters zu beraten.

Zum Buchdruckerstreik im Saargebiete. Der „Volksstimme“ in Saarbrücken vom 8. Februar, die wir auf (Fortsetzung in der Beilage)

Chemnitz! Nächsten Sonntag, dem 29. Februar 1921, pünktlich 10 Uhr vormittags im großen Saale des „Zentralhauses“, Sonnenstraße 42.

Berichterstattung von der Tarifauswahlsitzung

unter Berücksichtigung der Chemnitzer Kohlaufschlagsangelegenheit durch Kollegen Richard Gläß, Beiratsvertreter, Leipzig.

Die für den 27. d. M. festgesetzte Generaterversammlung findet dieserhalb erst am Sonntag, dem 6. März, statt.

Der Vorstand der Müllergewerkschaft Chemnitz.

Gauvorsteher nach Steffin gesucht!

Da die erste Ausschreibung für den Posten eines befohlenen Gauvorstehers für den Obergau mangels genügender Beteiligung kein Ergebnis erzielt hat, wird hiermit die Stelle zum zweitenmal ausgeschrieben. Zugehörig sind Bewerber aus dem ganzen Verbandsgebiete. Der Bewerber hat die Gauvorstehergeschäfte und sämtliche Verwaltungsgeschäfte zu übernehmen, auch rednerisch und agitorisch gut befähigt sein. Geeignete Kollegen wollen ihre Bewerbung unter Bezeichnung eines kurzen Lebenslaufes, aus dem auch die bisherige Betätigung in der Organisation ersichtlich ist, mit der Aufschrift „Gauvorsteherbewerbung“ versehen, bis spätestens 8. März 1921 an die Adresse des Gauvorstandes in Steffin, Turnerstraße 10 I, einbringen. Die Gehaltsverhältnisse regeln sich nach Klasse III der Turnberger Beschlüsse.

Leipzig!

Der allgemeinen Buchdrucker-Sammlung wegen muß der Vortrag auf Sonntag, vormittags 10 Uhr, Der Bildungsauswahl.

Kursus Herre

Der allgemeinen Buchdrucker-Sammlung wegen muß der Vortrag auf Sonntag, vormittags 10 Uhr, Der Bildungsauswahl.

BEI DER MEISTERPRÜFUNG

Ist die Kenntnis der Berechnung von Druckläsen eine Hauptforderung. Wer sich in dieser Frage festlegen will, der lese das Buch von Emil Hallputz: **Die KALKULATION VON DRUCKARBEITEN** mit Nachtrag nach dem Stande vom 1. Januar 1921 / Preis 4 Mark portofrei.

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker Leipzig, Salomonstraße 8, Fernsprecher Nr. 12789 Postfachkonto Nr. 53430

In die weite Welt hinaus

„Liebt es heute gar viele. Haben auch Sie die Absicht, sich draußen in der Fremde eine neue Existenz zu gründen? Dann bereiten Sie sich heute schon darauf vor! Lernen Sie die Sprache des Landes, das Sie aufsuchen wollen, und schaffen Sie sich dadurch die Grundlage für Ihren neuen Erfolg. Ohne Sprachkenntnis sind Sie draußen ein hilfloser Mensch. Unsere weltberühmte Methode der Souffaint-Engelschmidt bietet Ihnen Gelegenheit, in leichtverständlicher, aber gründlicher und sicher zum Ziele führender Weise jede wichtigere fremde Sprache zu erlernen. Viele Tausende haben nach unserer Methode gelernt, haben dann im Ausland einträgliche Beschäftigung gefunden oder sind in der Heimat in einflußreiche, gutbezahlte Stellenungen aufgerückt. Schreiben Sie uns heute noch eine Postkarte und verlangen Sie kostenlos die Führenkarte unter Probeaktion Nr. 39 der Sprache, die Sie erlernen wollen. Langenscheidt-Verlagshandlung (Prof. Dr. Souffaint-Engelschmidt, Berlin-Schöneberg, Verlag der Sprachunterrichtsvereine nach der Methode

Souffaint-Engelschmidt

erster Akzidenzsetzer

ge sucht, der künstlerische Schulung besitzt und in der Lage ist, ersichtliche Druckarbeiten zu entwerfen und herzustellen. Angebote mit Zeugnisausschnitten, Musterarbeiten, Entwürfen und Bild werden unter Nr. 327 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Mehrere Linotypsetzer

in sofortiger, angenehmer Stellung bei Bezahlung weiß über Minimum (außer der Bezahlungszulage) für dauernd gesucht. Kellepisen werden vergütet. 1308 „Obersteifische Volksstimme“ G. m. b. H., Wielitzky (O. Sch.).

Tüchtige Schriftsetzer

für Bucher-Komplettmaschinen, Type I und II, sofort für dauernd gesucht. Benjamin Krebs Nachfolger, Frankfurt a. M.

Russische Setzer

aber nur solche, welche die Sprache beherrschen und Geschriebenes lesen können, stellen ein. 1341 Rosenfain & Co., Berlin NW 21, Alt-Moabit 105.

Linotypsetzer

in Dauerstellung zu sofortigem Eintritt gesucht. Tüchtiger Linotypsetzer sowie ein Monoline-setzer

Bedingung: guter Maschinenkennner. Richard Postfach Nachf., Hülsham.

Typographsetzer

für U-Maschine, der auch gelegentlich im Handbuch mit ausfällt, als Aushilfer in angenehmer Stellung zu Hamburger Tarifsetzern gesucht. Ferdinand Schulz, Hamburg-Schiffbeck.

Schriftsetzer

für höherermonatliche Schnell-Komplettgleichmaschinen gesucht. 1340 W. & S. Roewenthal, Berlin C 19, Grünstraße 4.

Schiffseher

19 Jahre alt, schon längere Zeit arbeitslos, sucht Stellung, wo er sich im Beruf wieder einarbeiten kann, am liebsten im Zeitungsbetrieb. Ehrungen bezugslos. Best. Angebote unter Nr. 307 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Schiffseher

an Schnellpresse und Regel demandiert, sucht Stellung. Parteien u. C. D. 332 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Wo?

kann sich jeder, strebsamer Setzer in Berlin **Typograph** ausbilden? am 1. sch alsbald nach Frankfurt a. M. mit Bedingungen erbeten an [343] A. Glente, Berlin SO 26, Naunonstraße 5.

Maschinenmeister

in ungeschlichteter Stellung, welcher im Abhängen, Berch., Illustrations- und Plattenbruch, an Regel und Schnellpresse gleich tüchtig sowie auch in Flach- und Rundreliearbeiten erfahren und befähigt ist, auch farbige Kompositionen herzustellen. Ich bin sch alsbald nach Frankfurt a. M. oder Umgebung zu veränderen. 11 Gest. Angebote unter O. R. 33 postlagernd Hanau a. M.

erster Maschinenmeister

mit Wohnung (große Küche und zwei große Zimmer), nach Sachsen, Thüringen, Provinz Sachsen oder Brandenburg. Angebote erbeten an G. W., Dortmund, Müppelstraße 39 I.

Wo ist strebsamer Drucker

Gelegenheit gegeben, sich an der Rotations- oder Offsetmaschine auszubilden? Angebote unter R. 322 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Komplettgießer

ledig, 28 Jahre alt, auch an Mergenthaler Gießmaschine verkehrt, sucht Stellung. Gest. Offerten unter Nr. 314 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstoff-Ausbildung. Auskünfte durch die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Segregale und Kästen

sowie Formregale, Störregale, Malchliche, Malen- und Farbendrucke, Schabreier usw. liefern in bester Ausführung ab Lager. 182 Beyner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Verbandskollegen

offener für einen Posten erstklassiger **Rasierapparate**

Messing, stark versilbert, mit gebogener Klinge. In elegantem Etui und zwei Referenzbriefen für 17,50 Mk., bei Abnahme von 10 Stück 15 Mk. (Grüßerer Fabrikpreis 40 Mk.). Daber äußerst günstige Gelegenheit. 1337 Hugo Winkler, Berlin SW 26, Reichenberger Straße 5.

Musikinstrumente

aller Art Garantie für hervorragende Güte Max Dörfel, Klingenthal i. S. Preisliste frei.

Leiffaden zum Aufbau der Juristerei

in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Regel, geb. postfr. 3,50 Mk. Ratgeber: Einleitung des Universal-Bogenführers auf alle Papierarten, postfr. 2,50 Mk. d. Vorrede.

Werkzeuge

Leichte postfr. M. Raach, Stuttgart, Koblenzstraße 9.

Herrenanzüge

Alte, Paletots, verfertigt von sehr bill. Preisen. Für Nichtpassendes sende Geld zurück. Verlangen Sie gratis u. frei Katalog Nr. 12. Verlanohy G. Kallter, München, Tal 19.

Schlips- u. Verbandsnadeln

Werkzeugkasten (inkl. Werkz. für Maschinenstr. u. Seher empf. i. best. Qual. Solange Max Wolgast, Leipzig, Größelstr. 1, Papierenmühlstr. 511. Preisliste gratis. 1618

Zurichtmesser und Scheren

Mögen und Pinsetten sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfiehl. A. Siegel, München, Solubusstraße 1. Katalog 50 Pf.

Meisterprüfung

Alle hierzu nötigen Bücher vermittelt untenstehender Verlag. Auskünfte werden gegen Beilegung von Rückporto gern gegeben. Verlag des B. v. D. D. S. G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 Fernspr. 12789, Postfach. 53430

Preise nur kurze Zeit gültig!

10 Bände Weltromane nach Wahl

eleg. geb. für 200 Mk. 20 Mk. monatl. Abzahlung gestattet.

1. Bulwer, Pompeji. 2. Glaubert, Madame Bovary. 3. Gieniewicz, Die Welt der Ehre. 4. Krenkewitz, S. Quo vadis? 5. Maupassant, Zur linken Hand. 7. Auerbach, Barfüßler. 8. Zola, Roman. 9. Tolstoj, Anna Karenina. 10. Dostojewski, Brüber Karamasow. 11. Sue, Der ewige Jude. 12. Die Geheimnisse von Paris. 13. Wallace, Der Hur. 14. Hugo, Elendener von Notre Dame. Ferner: [327] Kallische, Rena Schah, 2 Bände, geb. 30 Mk. Monatsraten 5 Mk.

Dumas Weltromane

3 Bde., eleg. geb. für 180 Mk. 18 Mk. monatl. Abzahlung gestattet.

Graf v. Monte Christo - Totenkamp - Der Herr der Welt - 20 Jahre nachher - Jehu Jahre später - Die drei Musketiere - Das Halsband der Königin - Graf Ballamo - Die Kameliendame. C. S. Otis & Co., Berlin-Nichtersfeld.

Maschinenband

Erlebensqualität, liefern [81] Beyner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Zigaretten-Gelegenheitskauf für Betriebe!

Bitte an: Großen Posten im Preise zurückgelehrt: Zigaretten, erhalt. Ware, rein orientalisches besser Tabak, mit Preisauflage 40 Pf. Größe 65 mm lang, 7,5 mm stark, Aroma und Brand vorzüglich. Preis: 500 Stück 95 Mk., 1000 Stück 185 Mk., von 3000 Stück ab pro Millie 180 Mk. Bei größerer Abnahme Spezialpreise. Garantiert: Wenn obigen nicht entsprechend, Zurücknahme. Tabakwarenvertrieb Bonitas München, Schwandhaferstraße 63.

Bei Arbeitsmarkt- sowie kleineren Angelegenheiten wollen Interessenten den Postersparnis wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken, kein Einzahlungsgeld. Geschäftsstelle des „Korr.“.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der

Volksfürsorge

Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5.

Wie erst jetzt bekannt wurde, ist am 18. November 1920 der Seher [325]

Karl Pasemann

aus Domesleben im 25. Lebensjahre bei einer Bahnfahrt tödlich verunglückt. Am 5. Februar verstarb nach kurzer Krankheit der Drucker

Ludwig Seipt

aus Raabe a. d. E. im 58. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Magdeburg.

Am 6. Februar verstarb nach langem Krankenlager unser lieber Kollege [317]

Ludwig Frank

im Alter von 59 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Müllergewerkschaft Elm-Neulam.

Unsre Toten im Jahre 1920:

Hermann Kraker Drucker aus München, 37 Jahre alt, gestorben am 24. Januar; Georg Schinner Seher aus Götting, 45 Jahre alt, gestorben am 16. Februar; Eduard Gundlinger Seher aus Schönbühlgen, 67 1/2 Jahre alt, gestorben am 21. März; Martin Bauer Seher aus Banreuth, 62 Jahre alt, gestorben am 24. März; Joseph Hierer Seher aus München, 38 Jahre alt, gestorben am 31. März; Albert Marks Seher aus Steffin, 70 Jahre alt, gestorben am 4. April; Theodor Schäffer Maschinenlehrer aus Wöcklingen, 57 Jahre alt, gestorben am 7. April; Hans Lachenmeier Seher aus München, 52 1/2 Jahre alt, gestorben am 13. April; Wilhelm Irbsen Seher aus München, 80 Jahre alt, gestorben am 13. April; Ludwig Meddeler Seher aus München, 73 Jahre alt, gestorben am 7. Juni; Eduard Nagel Seher aus Halmerzell, 80 Jahre alt, gestorben am 13. Juni; Eugen Schmid Seher aus München, 23 1/2 Jahre alt, gestorben am 2. Juli; Johann Scheutlein Drucker aus München, 56 Jahre alt, gestorben am 3. Juli; Johann Sandmeier Seher aus Jülich, 23 Jahre alt, gestorben am 7. Juli; Joseph Darberger Maschinenlehrer aus München, 58 Jahre alt, gestorben am 11. Juli; Johann Eich Seher aus München, 28 Jahre alt, gestorben am 17. Juli; Ignaz Mair Seher aus Ingolstadt, 65 Jahre alt, gestorben am 12. August; Martin Schneider Drucker aus München, 55 Jahre alt, gestorben am 27. August; Oswald Pfeibich Drucker aus Dreden, 48 Jahre alt, gestorben am 2. September; Joseph Meiringer Korrektor aus Regensburg, 48 Jahre alt, gestorben am 18. September;

Albert Brummer Drucker aus München, 33 Jahre alt, gestorben am 23. Oktober; Alfons Maner Seher aus Gerolshausen, 60 Jahre alt, gestorben am 22. Dezember; Albert Weich Drucker aus Marburg, 55 Jahre alt, gestorben am 22. Dezember; August Hermann Korrektor aus München, 60 Jahre alt, gestorben am 22. Dezember. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen [329] Die Müllergewerkschaft Chemnitz.

Schon wieder einmal hat der Tod ein hoffnungsvolles, junges Menschenleben aus unser Mitte gerissen. Am 10. Februar verstarb an den Folgen einer Lungenerkrankung unser lieber Mitkollege der Maschinenmeister [344]

Golfried Kluwe

im 27. Lebensjahre. Wir verlieren in ihm ein fröhliches Mitglied und drücken kollegial, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. Essener Buchdruckerverein.

Otto Mannsch

aus Södingberg, im 46. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Norddeutsche Maschinenlehrerverein (Eich Hamburg).

Am 4. Februar verstarb nach längerem, schwerem Leben unser lieber Kollege, der Maschinenlehrer [318]

Am 29. Januar verstarb unser lieber Kollege, der Faktor [326]

Otto Weisfel

sein Andenken werden wir allzeit in Ehren halten. Ortsverein Bremerhaven u. U.